

Rechtskräftiger Bebauungsplan vom 25.9.64

M. 1 : 1000

Außer Kraft mit dem Tage der Bekanntmachung des Bebauungsplans
'Vor Pfuhl bösch' 1. Änderung

KREIS SAARBECKEN-LAND

PÜTTLINGEN

GELÄNDE, VOR "PFEILBÜSCH" OBERHALB DER
WIEHERBERGSTRASSE, GEM. PÜTTLINGEN FLUR 11

BEBAULUNGSPLAN



M. 1:500

GELÄNTERUNGSU:

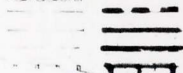
GRENZEN:

- PÜTTLING-GRENZE
- ===== PÜTTLING-GRENZE
- ~~~~~ GRENZE DES
- ~~~~~ GRENZE DES
- ~~~~~ WÄLDERGRENZE

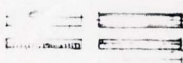
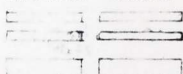
BAULINIEN:

- STRASSENBEREICH
- ZWINGENDE BAULINIE
- BAUGRENZE
- EINFABRITEN

BAULINIE FÜRSTENBERG



VORHANDEN GELÄNDE



FREIFLÄCHEN:

- Freifläche
- Freifläche

ÖFFENTL. ANSCHLÜSSE:

- Öffentl. Anschlüsse

ÖFFENTL. VERKEHRSMITTEL:

- Öffentl. Verkehrsmittel

ANMERKUNGEN:

- Anmerkungen

2. GESCHÜTT

Geschütt

GABAGEN EINFABRITEN

1	Geltungsbereich	Gemäss Plan
2	Art der heililigen Nutzung	
2.1	Reisgebiet	reines Reisgebiet
2.1.1	zulässige Anlagen	Reisgeobline (1.3 Abs. 2, Nutzungsvereinbarung)
2.1.2	ausnahmeweise zulässige Anlagen	keine
3	Mass der heiligen Nutzung	
3.1	Teil der Vollgeschosse	Gemäss Plan (2-gesch.)
3.2	Grundflächenzahl	Gemäss Plan
3.3	Geschossflächenzahl	Gemäss Plan
4	Reureise	offen
5	Überwindbare und nicht Überwindbare Grund- stücksgliedern	Gemäss Plan
6	Stellung der heiligen Anlagen	Gemäss Plan
7	Mindestgrösse der Baugrundstücke	500 qm
8	Höhenlage der heiligen Anlagen (Mass von der durchs Eckene Mitte Punkt bis in Baug- grundstücksgliedern)	wird im Einzelfall fest- gelegt.
9	Plätzen für überdeckte Stellplätze und Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	Gemäss Plan
10	Plätzen für nicht überdeckte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrund- stücken	entfällt
11	Baugrundstücke für einen Gemeinschafts- hof	entfällt
12	Wohnanlagen für die Bebauung mit Familien- heimen vorgesehene Pläne	Gemäss Geltungsber.
13	Baugrundstücke für besondere öffentliche Anlagen, die privatrechtlich als öffentliche dienen und deren Lage durch zwei oder drei heilige Grundstücke, insbesondere solche des Ver- kehrs, bestimmt ist.	entfällt
14	Grundstücke, die von der Bebauung freizuhal- ten sind und ihre Nutzung	entfällt
15	Verkehrsflächen	Gemäss Plan
16	Höhenlage der unbauwürdigen Verkehrsflächen sowie der anschliess der Grundstücke an die Verkehrsflächen	Gemäss Plan
17	Versorgungsflächen	entfällt
18	Flächen, die überwindbare und nicht überwind- bare sind	entfällt

	Bezeichnung	
	ung von Abwasser und festen Abfallstoffen	entfällt
20	Grünflächen, wie private Grünflächen	Grünflächen
21	Flächen für Abfallungen, Bepflanzungen oder für die Gewinnung von Steinen, Kiesel und anderen Bodenschätzen	entfällt
22	Flächen für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft	entfällt
23	Mit Geh-, Fahr- und Lastverkehrstrassen, Anlagen der Allgemeinheit, eines Betriebsstrassenträgers oder eines beschränkten Verkehrsstrassenzweiges zu bebaubaren Flächen	Gehwege etc.
24	Flächen für Gemeinschaftsstellen und Gemeinschaftsgrün	entfällt
25	Flächen für die Gemeinschaftsanlagen, die für Grüngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines eigenen räumlichen Bereichs als Grünflächen der Sicherheit und Gesundheit erforderlich sind	entfällt
26	Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder erheblich beeinträchtigen, von der Behörde freizuhaltenden Grünflächen und ihre Nutzung	entfällt
27	Anpflanzungen von Bäumen und Sträuchern	entfällt
28	Bündeln für Bepflanzungen und die Pflanzung von Bäumen, Sträuchern und Gräsern	entfällt

bestehen, wenn die ältere Gestaltung der Willkür und der
den § 9 Abs. 2 BRGG in Verbindung mit § 1 Abs. 2 des Gesetzes
für die des Bundesbaugesetzes vom 1. Juli 1901 (RG. G. 294).
- wird in der Baugesetzgebung geregelt.

zur Durchführung des Vireneingeseetzes vom 2. 12. 1911 (Br. S. 222).

1	Person, bei deren Beibehaltung besonders wichtige Interessen entgegenstehen	entfällt
2	Person, bei deren Beibehaltung besondere öffentliche Interessen entgegenstehen gegen Mitbürgerverleiten erforderlich sind	entfällt
3	Person, deren Verbleib der Gemeinde zuträglich ist	gesamter Geltungsbereich
4	Person, die nicht auf Grund § 2 Abs. 3 Nr. 13 von ... 13. 7. ... bis 12. 8. ...	22. 7. 1964
5	Der Beibehaltung obliegt jener § 10 Abs. 1 Nr. 13 ... Person von Gemeindegliedern	am 2. 4. 1964 ... beurlauben

Der 12. April 1901

St. John's, Nfld. 27 Aug. 1964

[illegible]

Die öffentliche Auslegung gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 1 AG vom 25.9.64
 erteilt wird bekannt gemacht.

30. 9. 68

me. 19

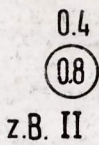
Bar

Planzeichenerläuterung gem. Anlage zum § 2 PlanzV 90



- 1. Art der baulichen Nutzung
(§9 Abs.1 Nr.1 BauGB, § 6 BauNVO)

Reines Wohngebiet



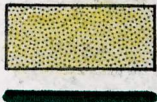
- 2. Maß der baulichen Nutzung
(§9 Abs.1 Nr.1 BauGB, §16 BauNVO)

Grundflächenzahl
Geschossflächenzahl
Zahl der Vollgeschosse



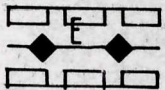
- 3. Bauweise, Baugrenze
(§9 Abs.1 Nr. 2 BauGB, §§ 22+23 BauNVO)

nur Einzelhäuser zulässig
Baugrenze



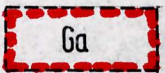
- 4. Verkehrsflächen
(§ 9 Abs.1 Nr. 11 BauGB)

Straßenverkehrsfläche
Straßenbegrenzungslinie



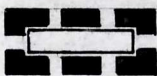
- 5. Hauptversorgungsleitung
(§9 Abs.1 Nr. 13 BauGB)

E=Elektrizität (oberirdisch) mit Leitungsrecht zugunsten der VSE

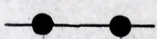


- 6. Sonstige Planzeichen

Umgrenzung von Flächen für Garagen (§9 Abs.1 Nr. 4 BauGB)



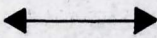
Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans
(§9 Abs.7 BauGB)



Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
hier: Zahl der Vollgeschosse



Abgrenzung unterschiedlicher Festsetzung
hier: Firsttrichtung



Stellung der baulichen Anlage

- 7. Füllschema der Nutzungsschablone

Gebietsart	Zahl der Vollgeschosse
Grundflächenzahl	Geschossflächenzahl
Bauweise	Dachform u. -neigung

Planungsrechtliche Festsetzungen gem. § 9(1) BauGB u. § 20 BauNVO

Maß der baulichen Nutzung
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Das Maß der baulichen Nutzung wird durch die Grundflächenzahl (GRZ), die Geschossflächenzahl (GFZ) und die Zahl der Vollgeschosse festgesetzt.

Gem. § 20 Abs. 3 BauNVO wird festgesetzt, daß die Flächen von Aufenthaltsräumen in anderen als Vollgeschossen einschl. der zu ihnen gehörenden Treppenträume und einschl. ihrer Umfassungswände ausnahmsweise nicht mitzurechnen sind.

Bauordnungsrechtliche Festsetzungen (örtliche Bauvorschrift) gem. § 9(4) BauGB i.V.m. § 83(1+4) LBO

§ 1 Geltungsbereich

Die örtliche Bauvorschrift gilt für das Gebiet des Bebauungsplans 'Vor Pfuhlbösch', 1. Änderung, in Püttlingen, Stadtteil Püttlingen

§ 2 Zeichnerische Regelungen

Folgende zeichnerische Darstellungen des Bebauungsplans sind gestalterische Anforderungen im Sinne des § 83 Abs. 1 Nr. 1 LBO

GD geneigtes Dach (Sattel-, Walm-, versetztes Pultdach)

15-30°/40° Dachneigung

§ 3 Gestaltungsanforderungen

1. Geschoss- und Kniestockhöhen

Die Geschosshöhe in Wohngeschossen darf max. 2,90m betragen.

Kniestöcke (Drempel) sind bis zu einer Höhe von max. 0,50m zulässig. (gemessen von OK Dachgeschossfußboden bis UK Fußpfette)

2. Dachform und Dachaufbauten

Im gesamten Bebauungsplangebiet ist als Dachform das geneigte Dach festgesetzt.

Dachaufbauten (Gaupen) sind zulässig. Sie dürfen als Einzelgaube oder bei Anordnung mehrerer in der Summe ihrer Einzelbreiten höchstens 1/3 der Gebäudelänge betragen. Schleppgauben und frontgleiche Gauben sind nicht zulässig. (sh. Systemskizze im Anhang der Begründung)

§ 4 Ordnungswidrigkeiten

1. Ordnungswidrig nach § 85 Abs. 1 Nr. 1 LBO handelt, wer bauliche Anlagen im Widerspruch zum § 3 dieser örtl. Bauvorschrift errichtet oder ändert.

2. Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 85 Abs. 3 mit einer Geldbuße bis zu 100.000,- DM geahndet werden.

§ 5 Inkrafttreten

Die örtl. Bauvorschrift tritt mit der Bekanntmachung nach § 12 BauGB in Kraft.

Rechtsgrundlagen

- Baugesetzbuch (BauGB) vom 8. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2253)
- Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung - BauNVO) vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132)
- Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I 1991 S. 58)
- Die Bauordnung für das Saarland (Landesbauordnung - LBO) vom 10. November 1988 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1373)
- § 12 des Kommunal Selbstverwaltungsgesetzes (KSVG) vom 18. April 1989 (Amtsbl. des Saarlandes vom 4. Mai 1989, S. 557)
- Gesetz zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland (Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz) vom 22. April 1993

Räumlicher Geltungsbereich gem. § 9 Abs. 7 BauGB

Die Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs sind in der Planzeichnung dargestellt

Begründung gem. § 9 Abs. 8 BauGB

Dem Bebauungsplan ist die Begründung in der Fassung vom November 1993 beigelegt

Hinweis

Mit der Bekanntmachung dieses Bebauungsplans tritt der seit dem 25. September 1964 rechtskräftige Bebauungsplan 'Vor Pfuhlbösch' außer Kraft.

Planänderungsbeschuß gem. § 2 (4) BauGB

Der Stadtrat hat in öffentlicher Sitzung vom 14. Juli 1993 die Änderung dieses Bebauungsplans beschlossen.

Der Beschuß ist am 22. Juli 1993 ortsüblich bekanntgemacht worden.

Frühzeitige Bürgerbeteiligung gem. § 3(1) BauGB

Die frühzeitige Bürgerbeteiligung ist in der Weise durchgeführt worden, daß am 29. September 1993 eine Einwohnerversammlung im Rathaus Püttlingen stattfand. Danach lag der Vorentwurf des geänderten Bebauungsplans in der Zeit vom 30. Sept. – 15. Okt. 1993 im Rathaus Köllerbach zur öffentlichen Unterrichtung aus.

Förmliche Bürgerbeteiligung gem. § 3(2) BauGB

Der Stadtrat hat in öffentlicher Sitzung vom 15. Dez. 1993 die öffentliche Auslegung dieses Bebauungsplans beschlossen.

Der Entwurf dieses Bebauungsplans hat mit der Begründung auf die Dauer eines Monats in der Zeit vom 3. Jan. 1994 bis einschließlich 2. Febr. 1994 öffentlich ausgelegt.

Ort und Dauer der Auslegung sind am 23. Dez. 1993 ortsüblich bekanntgemacht worden.

Satzungsbeschuß gem. § 10 BauGB

Der Stadtrat hat in öffentlicher Sitzung vom 11. Mai 1994 diesen Bebauungsplan und die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan (gem. § 9(4) BauGB i.V.m. § 83 LBO) als Satzung beschlossen und den Inhalt der Begründung gebilligt.

Püttlingen, den 20. 5. 94

Der Bürgermeister

Müller



Anzeige des Bebauungsplans gem. § 11(1) BauGB und Genehmigung der Örtl. Bauvorschriften gem. § 83(4) LBO

Dieser Bebauungsplan wurde mit Schreiben der Stadt Püttlingen vom 20. 5. 94

AZ.: 6328 re-os gem. § 11(1) 2. Halbsatz BauGB angezeigt. Eine Verletzung von Rechtsvorschriften wird nicht geltend gemacht (§ 11(3) Satz 1 BauGB). Die nach § 9(4) BauGB in den Bebauungsplan aufgenommenen Örtl. Bauvorschriften werden gem. § 83(4) LBO i.V.m. Abs. 6 genehmigt.

Saarbrücken, den 08. 9. 94

Az.: C/4 - II - 5969/94 Pr/Bü

gez.: Heiss

Bauoberat

Ministerium für Umwelt

Der Bebauungsplan wurde am 19. 9. 94 vom Bürgermeister der Stadt Püttlingen als Satzung zum Zwecke der ortsüblichen Bekanntmachung nach § 12 Satz 1 BauGB ausgefertigt.

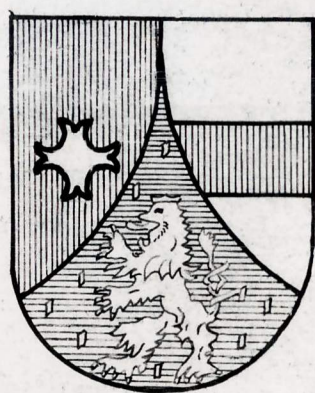
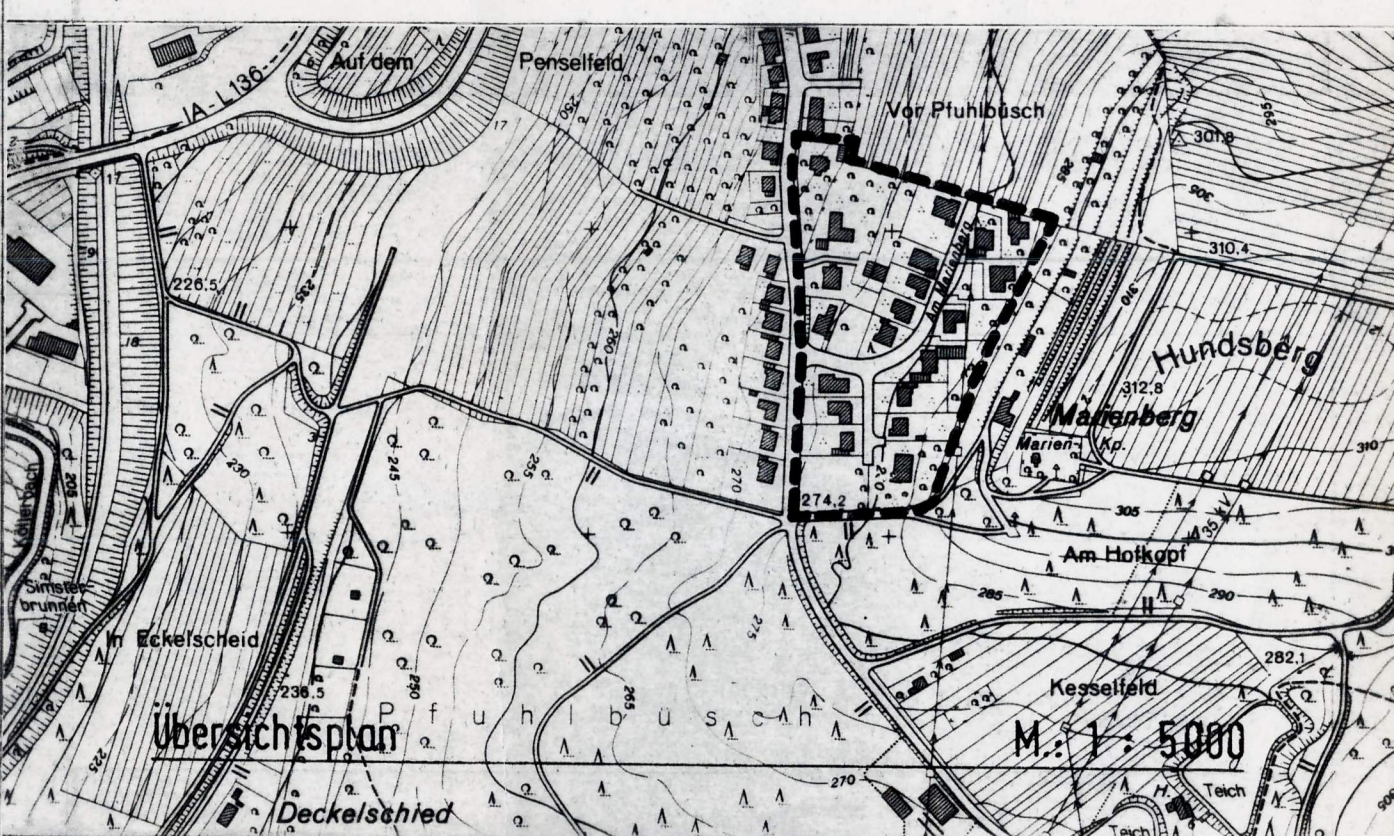
Inkrafttreten des Bebauungsplans gem. § 12 BauGB

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens für diesen Bebauungsplan wurde am 13. 10. 94 ortsüblich bekanntgemacht. Bebauungsplan und Begründung liegen seit dem 13. 10. 94 zu jedermanns Einsicht bereit. Mit der Bekanntmachung tritt dieser Bebauungsplan in Kraft.

Püttlingen, den 25. 10. 94

Der Bürgermeister

Müller



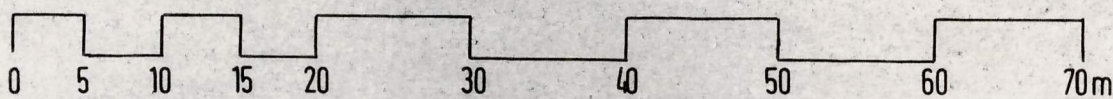
Stadt Püttlingen Stadtteil Püttlingen

Bebauungsplan 'Vor Pfuhlbösch' Satzung

1. Änderung

Maßstab

1 : 500



Stadtverband
Saarbrücken

Die Bearbeitung des Bebauungsplans erfolgte im Auftrag und in Abstimmung mit der Stadt Püttlingen durch das Umweltamt des Stadtverbandes Saarbrücken

Saarbrücken, im November 1993

Delarber
Delarber, Dipl. Ing.
Leiter des Umweltamtes